



## Linke und Rechte wehren sich gegen Härtefalllösung

**Dominik Feusi**

**Corona-Hilfen** Der Bundesrat will von der Pandemie hart getroffenen Unternehmen helfen, aber er stellt zahlreiche administrative Hürden auf. Insbesondere müssen Firmen belegen, dass sie vor der Pandemie mindestens 100'000 Franken Umsatz gemacht haben. Das ist doppelt so viel, wie im Entwurf vorgesehen war. Der Umsatzrückgang muss zudem mindestens vierzig Prozent betragen.

Schon der Entwurf des Bundesrates für die Härtefallverordnung war kompliziert und hielt diverse Bedingungen fest, damit die Unterstützung gewährt werden kann.

Die Wirtschaftskommission

des Nationalrats verlangte vom Bundesrat mehrere Vereinfachungen. Daniela Schneeberger, Baselbieter FDP-Nationalrätin und Vizepräsidentin des Gewerbeverbandes, gelang das mithilfe von SP und Grünen, wie die «Handelszeitung» berichtete.

Mit der nun verabschiedeten Verordnung ist Schneeberger gar nicht zufrieden, ganz besonders nicht mit der höheren Umsatzuntergrenze. «Der Bundesrat entwertet damit die Arbeit der Kantone, die sich für eine gute Regelung starkmachen», sagt Schneeberger, die als Treuhänderin für betroffene Unternehmen tätig ist. Schon die übrigen Kriterien seien für einen kleinen Betrieb schwierig zu erfüllen.

«Die Verdopplung der Umsatzgrenze führt dazu, dass viele gar keine Hilfe bekommen werden.» Schneeberger will das nicht einfach hinnehmen und es heute auch in der Wirtschaftskommission zur Sprache bringen.

Schneeberger kann dabei wiederum auf Unterstützung von den Grünen und der SP zählen. Regula Rytz, Berner Nationalrätin der Grünen, findet, der Entscheidung der Regierung entspreche nicht dem Willen des Parlaments. «Wir wollen, dass gesunde Unternehmen diese Krise überstehen. Auch kleine gehören dazu.» Und SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer sagt: «So fallen einmal mehr kleine Selbstständige und Kleinbetriebe unter den Tisch.»